

# Wahlprüfsteine 2019

**Das Handwerk -**  
eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Größe

Herausgeber  
Handwerkskammer Bremen  
Ansgaritorstraße 24  
28195 Bremen  
Telefon 0421 30500-0  
Telefax 0421 30500-109  
service@hwk-bremen.de  
www.hwk-bremen.de

# **Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019**

## **Was erwartet das Handwerk im Land Bremen von der neuen Regierung?**

### **Vorwort**

Am 26. Mai wählen die Bremerinnen und Bremer die neue Bürgerschaft und bestimmen damit auch über die Zusammensetzung des Senats, der gemeinsam mit den Abgeordneten die politischen Weichen für die kommenden vier Jahre stellen wird. Eine wichtige Wählergruppe stellen auch diesmal wieder die 30.000 Beschäftigten und Inhaber der rund 5.200 Handwerksbetriebe in Bremen und Bremerhaven dar. Damit ist das Handwerk nicht nur eine stabilisierende Kraft auf dem hiesigen Arbeitsmarkt und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor: Zusammen mit ihren Familienangehörigen bilden die Handwerker ein Potenzial von etwa 100.000 Wählerinnen und Wählern und sind somit auch eine gesellschaftspolitische Größe, an der die Parteien nicht vorbeikommen.

Die Stimmung im Handwerk war selten besser als jetzt. Die Konjunktur ist schon seit längerem nicht nur stabil, sondern eröffnet vielen Betrieben die Möglichkeit für Investitionen und Neueinstellungen. Wie die jüngste Konjunkturumfrage der Handwerkskammer Bremen im Herbst 2018 ergab, rechnen 92 % der befragten Handwerksbetriebe zukünftig mit stabilen oder steigenden Umsätzen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich die Politik auf diesen positiven Rahmendaten ausruhen darf – vielmehr ist sie gerade in guten wirtschaftlichen Zeiten gefordert, Weitblick zu zeigen und die Zukunft aktiv zu gestalten. Zumal erste Warnzeichen bereits zu erkennen sind: So war im ifo Geschäftsklimaindex zuletzt ein deutlicher Abwärtstrend zu beobachten.

Bestes Beispiel für die Notwendigkeit politischer Gestaltung ist der Fachkräftemangel, der schon jetzt in manchen Gewerken zu Engpässen führt und angesichts des demografischen Wandels in Zukunft eine noch größere Rolle spielen wird. Die künftige Landesregierung ist aufgefordert, sich stärker für eine Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung einzusetzen. Schon in der Berufsorientierung der Schulen muss das Handwerk endlich die Berücksichtigung finden, die ihm gebührt. Die Berufsschulen brauchen eine zeitgemäße technische und bauliche Ausstattung, aktuelle Lernmittel sowie eine ausreichende Zahl an qualifizierten Lehrkräften. Das im Handlungskonzept „Zukunft Bremen 2035“ formulierte Ziel, die Berufsschulen zu modernen und attraktiven Lern- und Arbeitsorten zu entwickeln, in denen sich „bewährte didaktische Kompetenzen mit neuen Technologien einschließlich digitalisierter Geschäftsprozesse verbinden“, darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

Von der Verkehrssituation in der Stadt über die Schaffung von Ansiedlungsanreizen für Betriebe bis hin zur Digitalisierung: Es gibt genügend Themen, die für das Handwerk in den kommenden Jahren von großer Relevanz sein werden und für die die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schaffen muss. Denn eines ist klar: In der Stärkung des Handwerks und des Mittelstands liegt letztlich der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Wer also eine nachhaltige und wirtschaftsorientierte Mittelstandspolitik betreiben will, muss zwingend die Belange des Handwerks berücksichtigen.

# Inhalt

Vorwort

## **Allgemein**

Wahrnehmung des Handwerks verbessern

Digitalisierung konstruktiv begleiten

Öffentliche Aufträge lokal vergeben

## **Bildungspolitik**

Den Nachwuchs begeistern und fördern

An den Schulen die Grundlagen legen

Mehr junge Menschen mit Ausbildungsplätzen versorgen

In Berufsschulen investieren und Ausbildungsstandards sichern

Berufliche Weiterbildung stärken

## **Verwaltung und Finanzen**

Kleinteilige Gewerbeflächen bereitstellen

Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen

Investitionsfähigkeit steigern

Anreize für den Standort schaffen

## **Bau und Verkehr**

Öffentliche Bauvorhaben effizienter abwickeln

Fahrverbote für Handwerker verhindern, Parken erleichtern

Verkehrsfluss und Management von Baustellen optimieren

Investitionen in Infrastruktur erhöhen

Verkehrsnetz gleichberechtigt für alle ausbauen

# Allgemein

Das Handwerk ist für das Land Bremen ein wichtiger wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Faktor. Die handwerklichen Betriebe schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, zeichnen sich durch nachhaltiges Wirtschaften aus und sind in Zeiten der Globalisierung ein stabilisierendes Element für den Wirtschaftsstandort. Mit der nötigen Unterstützung durch die Politik wird das Handwerk auch künftig gut aufgestellt sein und seinen Beitrag zur Zukunftsgestaltung unseres Landes leisten.

## **Wahrnehmung des Handwerks verbessern**

In Bremen und Bremerhaven gibt es rund 5.200 Handwerksbetriebe, die rund 30.000 Menschen sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Dabei kommt die Branche in hohem Maße auch ihrer Verantwortung nach, Ausbildungsplätze anzubieten und damit jungen Menschen eine Perspektive für die Zukunft zu schaffen: So meldete das Bremer Handwerk zum Stichtag 31. Oktober 2018 insgesamt 3114 besetzte Ausbildungsplätze und verzeichnete damit eine Steigerungsrate, wie es sie bis dahin noch nicht gegeben hat. Trotz seiner enormen Bedeutung für die Bremische Wirtschaft und Gesellschaft findet sich das Handwerk in der öffentlichen Wahrnehmung – verglichen zum Beispiel mit ebenfalls hier ansässigen namhaften Großunternehmen – zumeist eher im Hintergrund wieder. Ein zentrales Anliegen der neuen Landesregierung sollte es darum sein, das Handwerk zu stärken und seine Bedeutung für den Wirtschaftsstandort immer wieder aufs Neue zu betonen. In wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen, die den Mittelstand betreffen, sollte das Handwerk zudem rechtzeitig mit eingebunden werden.

## **Digitalisierung konstruktiv begleiten**

Die Digitalisierung bietet viele Chancen, stellt aber gerade den Mittelstand auch vor große Herausforderungen. Erste Voraussetzung, die Chancen nutzen zu können, ist ein zügiger und flächendeckender Ausbau der Breitbandnetze in Bremen und Bremerhaven. Noch vorhandene „weiße Flecken“ müssen so schnell wie nötig beseitigt werden, damit dort ansässige Betriebe nicht von der Entwicklung abgeschnitten werden. Als dynamisch verlaufender Prozess stellt die Digitalisierung handwerkliche Betriebe bei der Optimierung ihrer Arbeitsabläufe vor hohe Anforderungen. Die Landespolitik ist daher aufgerufen, das Handwerk im Rahmen ihrer Digitalisierungsstrategie mit einzubinden und bestmöglich zu

unterstützen. Der 2018 mit dem Finanzressort geschlossene Kooperationsvertrag zur Einführung der elektronischen Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen ist hier ein guter Anfang. Angesichts der zu erwartenden weiteren Entwicklungen muss der neue Senat aber darüber hinaus eine kontinuierliche konstruktive Begleitung der Digitalisierung für das Handwerk sicherstellen. Dazu gehört nicht zuletzt auch eine entsprechende Kompetenzvermittlung schon in den Schulen, denn der Umgang mit neuen Technologien will gelernt sein und kann in der Arbeitswelt nur dann gelingen, wenn er früh und lebensbegleitend geübt wird. Mit Blick auf die Berufsschulen muss das Land Bremen sicherstellen, dass dort hinreichend in die Digitalisierung investiert wird – und zwar sowohl in die Hardware-Ausstattung als auch in die personellen Ressourcen für deren Nutzung.

### **Öffentliche Aufträge lokal vergeben**

Das bremische Handwerk schafft lokal Arbeits- und Ausbildungsplätze und zahlt in Bremen auch seine Steuern. Im Gegenzug sollte sich der neue Senat dafür einsetzen, dass öffentliche Aufträge an Betriebe aus Bremen und Bremerhaven vergeben werden, wo immer dies möglich ist. Das unterstützt nicht nur das Handwerk als Fundament der bremischen Wirtschaft, sondern ist letztlich auch für den Zwei-Städte-Staat am günstigsten, da die aufgewendeten Finanzmittel in Form von Steuern zum Teil wieder zurückfließen. Bremische Aufträge stärken somit die bremische Wirtschaft und das Land Bremen gleichermaßen.

# Bildungspolitik

Der Fachkräftemangel führt schon jetzt in manchen Gewerken zu Engpässen und wird angesichts des demografischen Wandels in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Der Bedarf an Nachwuchskräften kann nur dann dauerhaft gedeckt werden, wenn bildungspolitische Maßnahmen der neuen Landesregierung die Initiativen des Handwerks flankieren und unterstützen.

## **Den Nachwuchs begeistern und fördern**

Das Handwerk ist ein spannender Arbeitgeber und bietet mehr als 130 Ausbildungsberufe in den unterschiedlichsten Bereichen. Wer es im Handwerk zu etwas bringen möchte, hat die besten Aussichten, Karriere zu machen – und gutes Geld zu verdienen, und zwar nicht weniger als in akademischen Berufen. In der öffentlichen und politischen Diskussion kommt dies häufig zu kurz. Ein wesentliches Ziel der Politik muss es sein, sich stärker für eine Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung einzusetzen und die Attraktivität der dualen Ausbildung insgesamt weiter zu erhöhen. Um mehr Jugendliche und weitere Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen, müssen künftig verstärkt auch Zielgruppen wie Frauen, Studienabbrecher, Geflüchtete beziehungsweise Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Wiedereinsteiger für das Handwerk begeistert werden. Für leistungsstarke Jugendliche braucht es die Schaffung zusätzlicher Qualifizierungsangebote. Schwächere Jugendliche benötigen Förder- und Stützmaßnahmen, die es ebenfalls deutlich auszubauen gilt. Die Landespolitik muss den Bekenntnissen, weitere Lehrerstellen schaffen und in die Ausstattung der Berufsschulen investieren zu wollen, Taten folgen lassen.

## **An den Schulen die Grundlagen legen**

Die Grundlagen für das spätere Berufsleben werden in der Kindheit geschaffen. Schon in der frühkindlichen Bildung sollte daher auf individuelle Fähigkeiten und Neigungen eingegangen werden: Unter Nutzung kindgerechter Konzepte sollten handwerkliche Tätigkeiten bereits in dieser frühen Phase Berücksichtigung finden.

An der Grundschule gehört es zur individuellen Förderung, dass Kinder neben den Grundkompetenzen auch lernen, wie sie ihre Hände einsetzen. Dafür braucht es Werkzeuge und Werkräume. Das Bremer Handwerk setzt sich dafür ein, dass an den

Grundschulen des Landes ein regelmäßiger Werkunterricht eingeführt wird. So haben alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ihre handwerklichen und gestalterischen Potenziale zu entdecken.

Insgesamt müssen handwerkliche Berufe in allen Schulformen im Rahmen der Berufsorientierung stärker in den Fokus gerückt werden. Gerade auch an den Gymnasien muss die duale Ausbildung den gleichen Stellenwert erhalten wie die Studienorientierung. In diesem Zusammenhang sollte das Bildungsressort mehr Verantwortung übernehmen und die Berufsorientierung nicht allein den Schulen überlassen.

Die meisten Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen haben im Wirtschaftsleben keine praktischen Erfahrungen gesammelt und können daher kaum authentisch über die Arbeitswelt informieren. Dem ließe sich entgegenwirken, wenn für Lehrerinnen und Lehrer, deren Schüler gerade ein Betriebspraktikum absolvieren, für dieselbe Dauer ein verpflichtendes Lehrerpraktikum etabliert würde.

Ergänzend dazu sollte es an jeder Schule für alle Schülerinnen und Schüler, die sich für eine Ausbildung interessieren, „Ausbildungskoaches“ geben. Sie könnten vor und während des Bewerbungsverfahrens individuelle Unterstützung anbieten, Praktika in Ausbildungsbetrieben vermitteln und anderes mehr.

Um die Jugendlichen fit für die Anforderungen einer Ausbildung zu machen, muss die Grundbildung an den allgemeinbildenden Schulen verbessert werden. Das Land Bremen muss endlich das Bildungsniveau der anderen Bundesländer erreichen. Die Betriebe sind darauf angewiesen, dass ihre Auszubildenden über grundlegendes allgemeines Wissen verfügen, das sie für einen erfolgreichen Start in ihre Ausbildung brauchen. Eine Erhöhung der Lehrqualität an den allgemeinbildenden Schulen sowie der dringend benötigte Rückgang von Unterrichtsausfällen lassen sich nur mit zusätzlichen Lehrkräften erreichen. Die neue Landeregierung muss alle ihre Einflussmöglichkeiten geltend machen, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen und damit dem Lehrermangel entgegenzuwirken.

### **Mehr junge Menschen mit Ausbildungsplätzen versorgen**

Ein jährlich wiederkehrendes Problem ist es in Bremen, dass in vielen Betrieben Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, während zugleich zahlreiche Bewerber keinen Ausbildungsplatz finden. Dass hier Angebot und Nachfrage ganz offensichtlich nicht zusammenpassen, muss sich ändern: Dafür ist es entscheidend, die passgenaue Besetzung von Ausbildungsplätzen zu fördern. Die zentrale Organisation für diesen Bereich ist die 2015 gegründete Jugendberufsagentur. Für ein besseres Matching und eine bessere Vermittlung benötigen die Beraterinnen und Berater gute Kontakte sowohl zu

den Jugendlichen als auch zu den ausbildenden Betrieben. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit der Jugendberufsagentur mit Kooperationspartnern wie der Handwerkskammer konstruktiv fortgeführt werden.

Auf der Suche nach guten Fachkräften bildet das Handwerk schon jetzt viele Geflüchtete beziehungsweise Menschen mit Migrationshintergrund aus. Zu den Aufgaben des neuen Senats wird es gehören, diese Menschen stärker an die duale Berufsausbildung heranzuführen, ihre Möglichkeiten zum Erwerb von Sprachkompetenzen zu verbessern und Optionen zu schaffen, einen Schulabschluss nachzuholen. Zudem sollte der unbürokratische Zugang zu Berufsausbildungen stärker gefördert werden. Die Jugendberufsagentur ist aufgefordert, sich stärker um die betriebliche Integration Geflüchteter in Einstiegsqualifizierung und Ausbildung zu bemühen.

Da in Zukunft mehr Menschen in Rente gehen werden, als junge Nachwuchskräfte nachkommen, braucht es darüber hinaus politische Konzepte für eine gezielte Zuwanderung produktiver Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Viele Handwerksbetriebe bieten schon lange Gleitzeitmodelle, flexible Arbeitszeiten und Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigungen an. So können auch Menschen ausgebildet werden, die Verantwortung für eigene Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben. Da gerade auch alleinerziehende Frauen auf Teilzeitangebote angewiesen sind, muss der Ausbau von Teilzeitausbildungen und -qualifizierungen gefördert werden.

Das Handwerk bekennt sich zu seiner Verantwortung, jungen Menschen Ausbildungsplätze anzubieten und sich im Herbst 2019 konstruktiv an der Aushandlung neuer „Bremer Vereinbarungen“ zu beteiligen. Allerdings können die Betriebe nur dann ausbilden, wenn sie passende und mit ausreichender Grundbildung versehene Bewerber haben. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, dass künftig noch mehr Betriebe noch mehr Jugendliche ausbilden können. Das kann nur auf freiwilliger Basis geschehen – eine Ausbildungsumlage für nicht ausbildende Betriebe ist nicht zielführend und daher zu verwerfen.

### **In Berufsschulen investieren und Ausbildungsstandards sichern**

Wer die Attraktivität von beruflicher Ausbildung erhöhen und die Ausbildungsqualität verbessern will, muss starke Berufsschulen bereitstellen, die als moderne Lernorte mit Hochschulen und Universitäten mithalten können. Der Status quo ist allerdings, dass die bauliche Situation an vielen Berufsschulen in Bremen und Bremerhaven desolat ist. Auch die technische Ausstattung ist vielfach nicht auf dem aktuellen Stand, vorhandene



Lernmittel sind veraltet beziehungsweise stehen nicht in ausreichender Menge zur Verfügung. Gerade in den technischen Gewerken ist zudem der Mangel an ausgebildeten Berufsschullehrern besonders akut. Damit die auch im Ausland als vorbildlich angesehene Kombination aus Praxis im Betrieb und Theorie an der Berufsschule bestehen bleiben kann, muss Bremen die Ausstattung der Berufsschulen der technischen Entwicklung und den wachsenden Bedarfen anpassen. Um garantieren zu können, dass der Unterricht an den Berufsschulen regelmäßig stattfindet, müssen zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden. Zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung sollten schon Studieninteressierte verstärkt darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Berufsschullehrerlaufbahn ein attraktives Berufsziel ist.

Die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) ist als Teil der betrieblichen Ausbildungsphasen fest im Dualen Ausbildungssystem verankert. Auszubildende aus verschiedenen Betrieben lernen dort diejenigen Ausbildungsinhalte, die die einzelnen Betriebe nicht selbst erbringen können. Die Finanzierung der ÜLU übernehmen Bund, Länder und Wirtschaft gemeinsam. Das Land Bremen muss auch in Zukunft sicherstellen, dass es seiner Verantwortung für die ÜLU gerecht wird und die anfallenden Kosten anteilig übernimmt. Darüber hinaus sind auch die Fahrtkosten für externe Berufsschule vom Land zu übernehmen.

Das Handwerk leistet mit seiner hohen Ausbildungsquote einen zentralen Beitrag dazu, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten hat. Zu den entscheidenden Pluspunkten gehört hier der hohe Ausbildungsstandard. Das Prüfungswesen muss dem Umstand gerecht werden, dass der technische Fortschritt in vielen Gewerken die Anforderungen an Qualifizierungen weiter hat steigen lassen. Aktuelle Ausbildungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden.

### **Berufliche Weiterbildung stärken**

Vor 15 Jahren wurde für 53 Gewerke die Meisterpflicht abgeschafft. Verbunden mit der damaligen Novelle der Handwerksordnung war die Hoffnung, mehr Fachkräfte zu bekommen – doch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Das Handwerk sieht in der Meisterpflicht einen Garant für effektiven Verbraucherschutz, erfolgreiches Unternehmertum und nachhaltige Fachkräftesicherung. Die politische Initiative zur Wiedereinführung der Meisterpflicht in zulassungsfreien Gewerken ist ein gutes Signal zur Sicherung und zum Ausbau des Qualifizierungssystems im Handwerk. Nachdem der Bundesrat im Februar bereits zugestimmt hat, sollte sich Bremen jetzt dafür einsetzen, dass die Bundesregierung schnell einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegt.

Positiv zu bewerten ist, dass Handwerker mit Meisterbrief inzwischen fast überall in Deutschland Menschen mit allgemeiner Hochschulreife gleichgestellt sind und so Zugang zum Studium haben. Nun kommt es darauf an, dass Hoch- und Fachhochschulen die Bildungsleistungen, die Meister und Betriebswirte des Handwerks schon während ihrer Aus- und Weiterbildung erbracht haben, stärker anerkennen. Dafür muss sich die neue Landesregierung einsetzen – ebenso wie für mehr berufsbegleitende Studiengänge sowie eine bundesweite Vereinheitlichung der Zugangsbedingungen. Insgesamt ist die Verknüpfung zwischen akademischer Ausbildung und Handwerk deutlich zu stärken: So müssen zum Beispiel bei den in den kommenden Jahren anstehenden zahlreichen Betriebsübernahmen die neuen Inhaber entsprechend qualifiziert und gebildet sein, um ihren Betrieb erfolgreich führen zu können. Die Politik muss durch stärkere Vernetzung dafür sorgen, dass Absolventen von Hochschulen und Universitäten besser über berufliche Perspektiven im Handwerk informiert werden.

Nicht nur im Bereich Ausbildung, auch insgesamt finden immer mehr bremische Betriebe keine passenden Bewerber für ihre freien Stellen. Zugleich gibt es in Bremen und Bremerhaven besonders viele Langzeitarbeitslose, deren Erwerbschancen sich mit einer Qualifizierung erheblich verbessern ließen. Die Landespolitik ist aufgefordert, Mittel des Bundes für die Qualifizierung und Beschäftigungsförderung von Arbeitslosen vollständig zu diesem Zweck einzusetzen sowie eigene Mittel bereitzustellen. Entscheidend ist, dass die Maßnahmen abschlussbezogen und passgenau sind, damit die eingesetzten Mittel eine möglichst große Wirkung erzielen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Bremen von allen Bundesländern die höchste Arbeitslosenquote hat, müssen zudem die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses durch eine Ausbildung oder Umschulung verbessert werden. Auch hier müssen sich die Maßnahmen am Bedarf orientieren und darauf ausgerichtet sein, die Chancen der Teilnehmer auf Beschäftigung tatsächlich zu erhöhen.

Eine weitere wichtige Herausforderung, die die neue Landesregierung angehen muss, ist die Schaffung effizienter Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik. Die häufig vorzufindenden Doppelstrukturen, gerade auch bei den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern, machen das System ineffizient, teuer und unübersichtlich und gehören deswegen abgebaut. Der Apparat gehört verschlankt und übersichtlicher gestaltet, die angebotenen Maßnahmen müssen regelmäßig auf ihren Erfolg hin überprüft werden.

# Verwaltung und Finanzen

Im Handwerk sind die Bürokratie-Kosten, die umgerechnet für jeden Arbeitsplatz anfallen, rund zehn Mal so hoch wie bei Großunternehmen. Das bedroht nicht nur die Rentabilität und Innovationskraft von Handwerksbetrieben, sondern reduziert darüber hinaus auch den Verteilungsspielraum für Löhne. Die Politik muss darum endlich mit dem Bürokratie-Abbau ernst machen – es darf nicht immer neue Bürokratie bei Kleinunternehmen entstehen.

Eine weitere wesentliche Aufgabe der neuen Landesregierung wird es sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Bremen als Standort für Handwerksbetriebe attraktiv ist und bleibt. Dazu gehören unter anderem eine Angleichung der Gewerbesteuer ans Umland, die Ausweisung von kleinteiligen Gewerbeflächen für das Handwerk und eine Beschleunigung von Verwaltungsverfahren.

## **Kleinteilige Gewerbeflächen bereitstellen**

Das bremische Handwerk ist Anbieter lokaler Waren und Dienstleistungen und schafft in Bremen und Bremerhaven Arbeits- und Ausbildungsplätze. In Zeiten der Globalisierung bleibt es eine verlässliche Konstante, dass die häufig familiengeführten Handwerksbetriebe lokal agierende Wirtschaftsunternehmen sind. Doch die nutzbare Fläche im Zwei-Städte-Staat ist begrenzt: Die Landespolitik muss sich daher dafür einsetzen, dass die Betriebe nicht ausgegrenzt werden und sich auch in Wohnquartieren ansiedeln dürfen. Bei der Ausweisung künftiger Wohngebiete und beim Gewerbeentwicklungsplan ist dies zu berücksichtigen. Aktuelles Beispiel ist der in Bremen-Nord geplante Berufsschulcampus, den das Handwerk ausdrücklich begrüßt. Allerdings darf dessen Bau nicht zulasten der für das Handwerk vorgesehenen Gewerbegebiete gehen. Bremen muss dafür sorgen, dass dafür an anderer Stelle ein adäquater Ausgleich an kleinteiligen Gewerbeflächen geschaffen wird.

## **Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen**

Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz hat sich die Landespolitik zum Ziel gesetzt, im Zwei-Städte-Staat eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur herzustellen und dafür insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft zu stärken. Das muss letztlich auch die Leitlinie für konkretes politisches Handeln sein. Einer der zentralen Punkte des Gesetzes ist es, einen verlässlichen Rahmen für den Abbau von Bürokratie zu

schaffen und darauf zu achten, dass alle Verfahren und Genehmigungen wirtschaftsfreundlich ausgestaltet werden. Hier muss die neue Landesregierung ansetzen. Die bürokratischen Anforderungen aus Kontroll- und Informationspflichten, die durch Landesgesetze und -verordnungen vorgegeben sind, müssen weiter gesenkt werden, damit kleine und mittlere Unternehmen ihr Potenzial entfalten können. Das Handwerk setzt sich dafür ein, für diesen Bereich Zielvereinbarungen zu treffen.

Parallel gilt es, Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Um Projekte zügig und ökonomisch durchführen zu können, braucht es neben einem Abbau bürokratischer Hürden auch kurze Planungs- und Genehmigungsverfahren. Aktuell müssen Anträge für Baugenehmigungen bei mehreren unterschiedlichen Behörden im Umlaufverfahren eingereicht werden. Hier müssen die Prozesse dringend verschlankt werden. Um beschleunigte Bearbeitungsverfahren zu erreichen, müssen die Behörden sich besser koordinieren und die Kommunikation untereinander verbessern.

### **Investitionsfähigkeit steigern**

Das Handwerk arbeitet nicht nur nachhaltig, sondern stellt auch immer wieder seine Innovationsfähigkeit unter Beweis. Da Innovationen ohne Investitionen nicht möglich sind, benötigen die Betriebe eine ausreichende Eigenkapitaldecke. In diesem Zusammenhang ist die Zahlungsmoral der öffentlichen Auftraggeber ein wichtiger Punkt, den es zu verbessern gilt. Aktuell müssen Handwerksbetriebe oft wochen- oder monatelang in Vorkasse gehen und auf ihr Geld warten. Die Einführung der elektronischen Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen, die 2018 mit dem Finanzressort vereinbart wurde, soll zu einer Beschleunigung der Zahlungsprozesse führen. Das muss nun so auch in die Praxis umgesetzt werden. Darüber hinaus sollte sich die Politik dafür einsetzen, dass die Bürgschaftsbank Bremen die Vergabe vergünstigter beziehungsweise zinsloser Kredite an Gründer forciert und ihre Arbeit insgesamt noch stärker an den Bedürfnissen der Betriebe ausrichtet.

### **Anreize für den Standort schaffen**

Für Bremen sind die Handwerksbetriebe wichtige Steuerzahler. Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Betriebe nicht ins niedersächsische Umland abwandern beziehungsweise Anreize haben, sich in Bremen anzusiedeln. Ein Beispiel für die Notwendigkeit zum Handeln ist der Gewerbesteuer-Hebesatz, der mit 460 % in Bremerhaven und 470 % in Bremen aktuell deutlich höher liegt als in den Umlandgemeinden. Auch bei anderen Standortkosten muss die neue Landesregierung

dafür Sorge tragen, dass es kein Ungleichgewicht zwischen Bremen und Bremerhaven auf der einen Seite und den niedersächsischen Gemeinden auf der anderen Seite gibt. Auf weitere Verteuerungen der Standortkosten ist auf jeden Fall zu verzichten.

# Bau und Verkehr

Für das Handwerk ist es von großer Bedeutung, dass öffentliche Bauvorhaben künftig effizienter umgesetzt werden. Das gilt insbesondere auch für die zahlreichen Baustellen, die zuletzt immer wieder den Verkehrsfluss massiv gestört haben. Das Handwerk kann seine Leistungen nur dann erfolgreich anbieten und ausführen, wenn Bremen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur vorhält.

## **Öffentliche Bauvorhaben effizienter abwickeln**

Bremen muss öffentliche Aufträge an das lokale Handwerk vergeben, wann immer das möglich ist. Dabei ist darauf zu achten, dass öffentliche Bauvorhaben effizienter abgewickelt werden als bisher – unter anderem durch kürzere Vorlaufzeiten und eine bessere Koordination und Abstimmung der Baustellen.

Das voriges Jahr vom Wirtschaftssenator vorgelegte Strategiepapier „Roter Teppich für goldenen Boden“ greift aktuelle Handlungsfelder für die Entwicklung des bremischen Handwerks auf und ist somit ein Schritt in die richtige Richtung, wenn es um die Stärkung unserer Branche geht. Als wesentliche Aspekte werden dort die Standortsicherung und die Standortentwicklung benannt: Das Papier befasst sich daher vor allem auch mit der Bereitstellung geeigneter Flächenpotenziale, die für die Ansiedlung von Handwerksbetrieben geeignet sind. Die Landespolitik muss auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass sie bei der Ausweisung von Gewerbeflächen nicht nur auf große Unternehmen zum Beispiel aus der Autoindustrie setzt, sondern auch attraktive kleinere Gewerbeflächen ausweist. Nur so kann das Handwerk die Nähe zu seinen Kunden im gesamten Stadtgebiet halten.

## **Fahrverbote für Handwerker verhindern, Parken erleichtern**

Nach aktuellem Stand sind in Bremen keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge geplant, da die Stickoxid-Grenzwerte derzeit eingehalten werden. Sollte sich das irgendwann in der Zukunft ändern, muss die Landespolitik Ausnahmeregelungen für Fahrzeuge von Handwerkern erlassen. Fahrverbote würden den Wirtschaftsverkehr und damit das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Bremen und Bremerhaven zum Erliegen bringen. Um das zu verhindern und die Klimaschutzziele im Verkehrsbereich dauerhaft zu erreichen, muss die Politik verstärkt auf technische Innovationen setzen – zum Beispiel

durch eine verstärkte Förderung der Elektro-Mobilität.

Handwerker sind darauf angewiesen, dass sie sowohl ihre Kunden als auch ihre Betriebe mit allen Verkehrsmitteln gut erreichen können. Sie müssen daher nicht nur die Möglichkeit haben, mit ihren Fahrzeugen überall hinzukommen, sondern am Zielort auch einen Parkplatz finden. Aktuell besteht in manchen Stadtteilen eine Parkplatzproblematik, die gelöst werden muss. Die neue Landesregierung muss sich insgesamt dafür einsetzen, dass Handwerkern das Parken erleichtert wird. In dem Zusammenhang gilt es unter anderem, das Verfahren zur Beantragung von Ausnahmegenehmigungen zu verbessern.

### **Verkehrsfluss und Management von Baustellen optimieren**

Diverse Baustellen im gesamten Stadtgebiet haben zuletzt immer wieder an verschiedenen Stellen zu Verkehrschaos geführt: Auch Handwerker standen im Stau und haben somit wertvolle Arbeitszeit vergeudet. Der Verkehrsfluss und insbesondere das Management von Baustellen müssen dringend optimiert werden. Wesentliche Baumaßnahmen sind im Vorfeld mit der Wirtschaft abzustimmen.

### **Investitionen in Infrastruktur erhöhen**

Das Handwerk braucht eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, um seine Leistungen anbieten und ausführen zu können. Trotz der zahlreichen Baustellen investiert Bremen noch immer viel zu wenig in das Verkehrsnetz der Stadt. Die Investitionen in die Infrastruktur sind daher deutlich zu erhöhen. Entsprechende Projekte zur Planung und Unterhaltung müssen transparent und öffentlich einsehbar sein. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit.

### **Verkehrsnetz gleichberechtigt für alle ausbauen**

Die meisten Handwerker sind auf den motorisierten Verkehr angewiesen, um Werkzeuge und Materialien transportieren zu können. Zuletzt ist in Bremen allerdings der Eindruck entstanden, dass der Fahrradverkehr einseitig gefördert wird. Die Benachteiligung von Verkehrsteilnehmern muss gestoppt werden. Sämtliche Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur sind so zu gestalten, dass sie nicht einseitig auf Kosten motorisierter Verkehrsteilnehmer umgesetzt werden. Das Handwerk fordert die Landespolitik auf, die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer neutral zu behandeln. Wer den Autoverkehr benachteiligt, schwächt die Betriebe im Wettbewerb.